

Das MBT im Dorf. Beratung im ländlichen Raum

Vorab: das MBT Angermünde verfolgt in seiner Beratungstätigkeit grundsätzlich einen gemeinwesenorientierten und -formierenden Arbeitsansatz, in dem der Mensch mit seiner Autonomie als verantwortlicher Akteur respektiert wird.

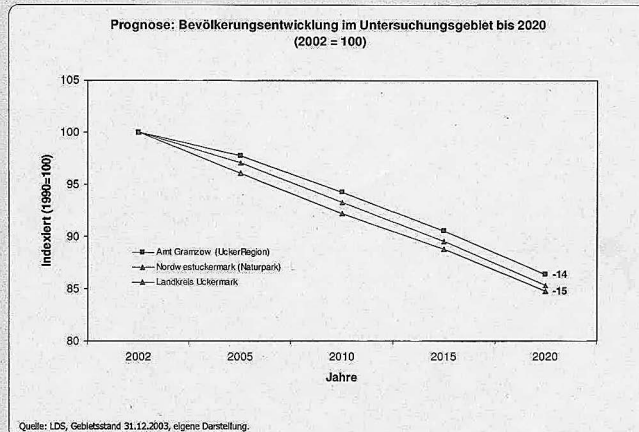
Seit acht Jahren sind wir in den Landkreisen Uckermark und Barnim tätig, die vorwiegend ländlich geprägt sind, einschließlich der berlin-nahen Städte Bernau und Eberswalde, wie auch der Uckermark-Perlen Templin, Prenzlau und Angermünde und der Petrol-Stadt Schwedt. Mit der Gemeindegebietsreform sind manche der kleinen Städte um bis zu 20 Dörfer größer geworden. Dörfer, die bislang eigenständig waren, müssen sich nach dem Zusammenschluss mit anderen Dörfern in neu entstandenen Gemeinden zusammenraufen.¹ In diesem Beitrag geht es vor allem um die Uckermark.

Die demografische Entwicklung im ländlichen Bereich geht einher mit einem Rückzug der Infrastruktur wie Staat, Wirtschaft, Verkehr, soziokultureller Sektor, medizinischer Bereich. Studien weisen aus, dass bis zum Jahr 2020 im Landkreis Uckermark ein Bevölkerungsrückgang um 24.000 Einwohner, das sind 16 Prozent, zu erwarten ist. Aufgrund des Geburtendefizits wird sich zugleich die Bevölkerungspyramide zugunsten der höheren Jahrgänge verschieben. Dabei steigt die Anzahl der Personen über 65 Jahre um 29 Prozent von 25.376 im Jahr 2002 auf voraussichtlich 32.640 im Jahr 2020 an.² Gleichzeitig wandern aus diesen Regionen junge und flexible Menschen ab. Kompetenzverlust der Bleibenden und ein höherer Anteil bildungsarmer

¹ Mit der Gemeindegebietsreform ging es grundsätzlich um die Bildung größerer Strukturen in jedem Landkreis. Das „Gesetz zur Reform der Gemeindestruktur und zur Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden des Landes Brandenburg“ trat im März 2001 in Kraft. Vgl. Claudia Mier: Die Gemeindegebietsreform im Land Brandenburg, KWI der Universität Potsdam.

² Ulrike Trelert, Leader+-Studie zur Stabilisierung des ländlichen Raumes, in: Agro-ko. Consult u. a. (Hrsg.): Modellvorhaben zur Stabilisierung des ländlichen Raumes im demografischen Wandel. Grundlagenstudie und Netzwerkaufbau (Stand Oktober 2005), Prenzlau, unter www.aoec.de/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=17, eingesehen am 15.9.2007.

Prognose der Bevölkerungsentwicklung bis 2020



LAG UckerRegion e.V.



LAG Naturparkregion
Uckermarkische Seen

Ulrike Trellert
Agro Öko Consult GmbH



LAG Fläming-Havel

Demografische Entwicklung (Leader+-Studie, Anm. 2)

Milieus sind die Folge. Diese Milieus anzusprechen und für sich zu gewinnen gehört zu den Kernzielen rechtsextremer Kader.

Zu verzeichnen ist eine sehr hohe Arbeitslosigkeit bzw. eine hohe Zahl von Hartz IV-Empfängern. Im März 2007 gab es im Landkreis Uckermark 14.208 Bedarfsgemeinschaften. Das sind immerhin rund 1.000 weniger als noch im März 2006. Die Arbeitslosenquote beträgt 22,8 Prozent³, die Anzahl derjenigen Einkommensbezieher, die neben ihrem Einkommen ergänzende Leistungen nach SGB II beziehen, liegt bei fast 5.000 Personen⁴.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt jedoch, obwohl die Gesamteinwohnerzahl in der Uckermark seit 1992 um rund 30.000 auf nunmehr 136.000 Einwohner gesunken ist. Von denen sind etwa 30.000 Menschen auf Unterstützung des Grundsicherungsamtes oder des Sozialamtes angewiesen. „Diese Zahlen zeigen den sozialen Zündstoff, der in unserem Landkreis liegt“, machte der Landrat in der Märkischen Oderzeitung vom 5. Juli 2007 deutlich.

³ MOZ, 30. März 2007, Seite 13.

⁴ UK, 14. September 2006, Seite 18.



Blick in die Landschaft bei Prenzlau

Viele Menschen fühlen sich von der Politik verraten und vergessen, sehen für sich keine Perspektive. Dem stehen gestresste Milieus lokaler Verantwortungsträger gegenüber, die die Diskrepanz zwischen Sollen, Wollen und Können kaum noch bearbeiten können. Das uckermärkische Amt für Grundsicherung beispielsweise will über das Optionsmodell⁵ Menschen wieder in Arbeit vermitteln, in der Realität scheinen aber die Projekte, in die Menschen vermittelt werden, nichts anderes zu sein als seinerzeit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Nachhaltigkeit und Schaffung neuer Arbeitsplätze sind bislang noch nicht wirklich zu sehen. In Projekten wie der Schaumosterei, der Aufarbeitung von alten landwirtschaftlichen Geräten oder dem Bau eines Strohballenhauses haben ca. 270 junge Leute im Mai 2006 für ein Jahr einen sozial- und arbeitslosenversicherten Job und auch eine nicht zu unterschätzende sinnvolle Betätigung gefunden. Dennoch führen diese Projekte unter Regionalpolitikern gerade in der Frage der Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu Diskussionen. Beklagt wird z. B. eine mangelnde Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen. So wie seinerzeit ABM keine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktsituation nach sich zog, viele Menschen ihre Lebenskarrieren auf alimentierten ABM-Strukturen aufbauen mussten, scheint

⁵ Das Optionsmodell ist ein Feldversuch für die Betreuung von Arbeitslosen in Deutschland: Für die Bezieher von Arbeitslosengeld II sind ausschließlich Städte oder Gemeinden zuständig.



Auch in der Uckermark wird das Bild durch Alleen geprägt

es, dass neue Wege auch mit Projekten wie „Sammeln und Sichten alter Geräte“ oder „Herstellung von lang haltbaren Fruchtsäften und Leichtweinen“ noch fern sind.

Dörfer und Kleinstädte im äußeren Entwicklungsraum

Die Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum ist negativ, die wirtschaftliche Entwicklung nur punktuell, die Menschen erleben und beschreiben ihre Lebenssituation als schlecht.

Wir finden eine tief greifende Veränderung der sozialen Verhältnisse und des Lebens überhaupt vor, gekennzeichnet von einer Veränderung der Altersstruktur, von Perspektivlosigkeit als Grundstimmung, von einem Vertrauensverlust in Demokratie – all das geht einher mit den Lebenserfahrungen der Menschen vor Ort. Es gibt mehr positive Bezugnahmen auf die Vergangenheit („in der DDR war alles viel besser“, „wir hatten Arbeit“, „meine Kinder hatten eine Perspektive“, etc.).

Viele Menschen blicken „nach oben“, Eigeninitiative ist oft gelähmt und wird oft gar nicht positiv bewertet. Denunziantentum und Neid werden nicht zuletzt auch staatlich motiviert, beispielsweise durch Kontrollen von Bedarfsgemeinschaften und Melden von vermeintlicher Schwarzarbeit. In dieser Alimentiertenkultur gibt es kaum noch Schichtungen, aus „wer muß als Ein-Euro-Jobber (MAE, Mehraufwand-



Auch die Uckermark hat ihre Sternwarte

sentschädigung) im Dorf arbeiten“, wird zunehmend „wer darf ...“. Einerseits hat das Solidarisierung, andererseits Ausgrenzung zur Folge. Kreativitätsverluste, Ideenlosigkeit, geradezu Angst vor Kreativität sind in Dörfern nicht selten.

Wo beispielsweise der ehemalige Großgrundbesitzer wieder da ist und seine Bedingungen stellt, werden Menschen nicht selten verunfähigt, sich dem zu widersetzen und für die eigenen Interessen einzustehen – das trifft sich gut mit der Stimmung derjenigen, die eine Diktatur wieder für erstrebenswert halten, im Interesse der Verbesserung ihrer Lage, als Mittel zum Zweck gewissermaßen.

Viele Städte kommen mit den neuen Aufgaben nach der Gemeindegebietsreform nur schwer zurecht, sie betrachten die eingemeindeten Dörfer wie Kolonien. Ein ganzheitliches politisches Konzept für eine integrierte Stadt-Land-Entwicklung fehlt. Wie auf dem Dorf sind Bürgermeisterposten nicht mehr unbedingt begehrt, es fehlt an geeigneten Kandidaten (in der Stadt sind es bezahlte Stellen!). Bürgermeister fühlen sich vielfach ausgebrannt und ausgebremst. Die kleinen Städte im ländlichen Raum machen einen Funktionswandel durch. Einerseits gibt es auch hier einen Rückzug der Infrastruktur, andererseits werden die Kleinen gezwungen, eine gewisse Infrastruktur für Bereiche vorzuhalten, mit denen sie gar nichts zu tun haben. In den Verwaltungen sind zu viele Mittel für eine zu hohe Personaldecke gebunden. Viele Städte stehen vor der drohenden Zwangsverwaltung. Wie auch auf dem Dorf verlieren Immobilien an Wert. Viele Innenstädte verfallen

infrastrukturell, baulich, sozial und ökonomisch, ihre Wirtschafts- und Kaufkraft wird geschwächt, sofern sie nicht rechtzeitig Fördermittel akquirieren konnten. Eine Stadtplanung erfolgt nur noch nach finanziellen Gesichtspunkten, daraus wiederum erwachsen Interessenskonflikte. Die Konkurrenz zwischen den kleinen Städten wächst, alle stehen unter dem Zwang, zu expandieren, um Einwohnerzahlen zu halten bzw. die demografische Entwicklung zu kompensieren. Ein Sterben-Lassen von Dörfern ist in der Perspektive, so unsere These, durchaus erwünscht, kollidiert aber mit den Interessen der Menschen in den Dörfern.

Weitere Stichworte zur Beschreibung der Situation sind: Überalterung der Einwohner, eine sich verfestigende Erwerbslosigkeit und damit verbundene Alimentierung über Hartz IV, was immer mehr zum Alltag der Menschen wird, und Kompetenzverlust durch den Wegzug von Fachkräften. Wenn wir über fehlendes Innovationspotential, fehlende Dynamik, fehlenden Generationswechsel sprechen, so liegt auf der Hand, dass dies eine wachsende Abhängigkeit von Investitionen von außen nach sich zieht. Politische Entscheidungsgremien verknöchern zusehends. In den kleinen Städten erfolgt eine Konzentration von Schulen als Ganztagschulen, was wiederum eine Überforderung der Städte darstellt. Das Freizeitverhalten der aus den Dörfern kommenden Schüler ändert sich. Die Kleinstadt ist nicht ihr Lebensraum. Wachsender Vandalismus in den kleinen Städten, wie wir ihn gegenwärtig in der Uckermark erleben, ist nur eine Folge.

In höherem Maße entstehen mehr oder weniger undurchsichtige Strukturen bezogen auf Arbeitsplätze- und Mittelverteilung, das Wort Kungelei ist in Vieler Munde. Wir finden immer weniger kritische Geister, die Opposition ist Bestandteil des Systems. Probleme, die die Elite nicht betreffen, werden ausgeblendet, Innovationsfähigkeit wird eingeschränkt.

Unter diesen Bedingungen entwickeln sich in den Kleinstädten folgende Gruppen zu Eliten: Lehrer, Beamte, Verwaltungsangestellte, Akademiker, klein- und mittelständische Unternehmer, Kirche, Polizei, Gewerkschaften, Parteien, Bildungsträger, Vereine, Wohlfahrtsverbände, Tourismusverband. Elitenbildung in Kleinstädten funktioniert über wenige Clans und oftmals über ein karrierebezogenes und auf den Beruf bezogenes Engagement. Ruf und Image, Kapitalkraft sind wie Beziehungskapital und die Verfügungsgewalt über Arbeitsplätze ebenso von Bedeutung wie Innovationsfähigkeit und das Engagement für die Kommune, z.B. über ein Ehrenamt. Eine erkennbare Opposition, eine klare Rollenverteilung zwischen Opposition und Mehr-

heit (im Unterschied zum Dorf) wie auch der Wille zur Macht wirken ebenso elitenbildend. Wichtig ist auch die Gruppenzugehörigkeit – bei der Opposition heißt das, ich muss potentiell regierungsfähig sein.

Wie und nach welchen Grundsätzen gehen wir in eine Beratung?

Vielfach werden wir nach unseren Methoden in der Beratung gefragt. Abgesehen von den notwendigen Kompetenzen für Gesprächsführung oder Fragen, für Seminarführung, Durchführung von Zukunftswerkstätten, Weiterbildungen etc. gibt es für uns nicht die oder jene Methode. Allen voran steht unsere Grundhaltung, die tief verinnerlicht ist: Wir respektieren euch in eurer Autonomie, wir nehmen euer Problem ernst. Wir wollen euch und euer Problem verstehen. Und dies in jedem Beratungsprozess. Wir beraten nach den Grundsätzen der Themenzentrierten Interaktion (TZI), die auf einem ethischen Fundament steht und sicherstellt, dass jeder Mensch in seiner Ganzheitlichkeit, seiner Autonomie und als Teil des Universum, also mit dem um ihn wirkenden Umfeld im Zentrum steht. Ehrfurcht gebührt allem Lebendigen und seinem Wachstum. Diese Ehrfurcht, dieser Respekt bedingen bewertende Entscheidungen. Wertvoll ist das Humane, wertbedrohend das Inhumane. Und jede freie Entscheidung geschieht innerhalb innerer und äußerer Grenzen, die einander bedingen. Eine Erweiterung der Grenzen ist möglich, nicht unbegrenzt, aber Menschen können sich spürbar wachsend entwickeln, wenn die Bedingungen dafür geschaffen werden. Dies zu bedenken ist eine Lebenshaltung, vielleicht sogar eine Lebenskunst oder Lebensphilosophie, die der ständigen Reflexion, des ständigen Philosophierens bedarf, um sich seines Standpunktes immer wieder zu vergewissern und um gesprächsfähig zu bleiben, gegenüber dem Zeitgeist und nicht zuletzt auch gegenüber anderen Strömungen.⁶ Und auch wir als Berater befinden uns in einem ständigen Prozess, miteinander im Team wie auch mit unserem Umfeld. In jeder Beratung sind wir als Berater auch Lernende, auch dies gehört zu unserer Authentizität und Ehrlichkeit, mit der wir den Menschen hier vor Ort begegnen.

Vor jeder unserer Beratungen steht stets die Beschreibung des Problems, des Umfeldes und der mittelbar und unmittelbar Beteiligten, gemeinsam mit den Klienten. Dabei hilft uns unsere Nähe zum

⁶ Vgl. etwa Jens Röhling, „TZI und Philosophie der Lebenskunst“, in: Themenzentrierte Interaktion, 1/2005.

Thema, wir leben selbst im ländlichen Raum, was durchaus zu einer geschärften Wahrnehmung für Probleme führt. Und auch wir verfügen durch unsere langjährige Arbeit in der Region über ein gewisses Beziehungskapital, das ergänzt wird durch das Kapital persönlicher Kontakte aus dem persönlichen Umfeld. Wo immer wir sind und was immer wir tun, wir sind präsent und erkennbar, unsere Beratung ist eine nachhaltige – will heißen, wir fliegen nicht als Besserwisser mit einem Rezept ein, sondern suchen gemeinsam mit den Menschen vor Ort nach einer Lösung und sind verlässlich, bei Bedarf auch über einen längeren Zeitraum, bei einem Klienten tätig. Wir geben den Menschen die Gewissheit, ihr Problem in einem vertraulichen Rahmen beschreiben zu können.

Was ist im Dorf für eine Beratungstätigkeit aber nun so anders als in der Stadt?

Zunächst ist der Ansatz der Bürgergesellschaft, deren Stärkung zu unserem Auftrag gehört, ein städtischer. In der Stadt sind die Rollen klar, es gibt eine hohe Konstante von Ansprechpartnern, es kann relativ schnell und zügig gearbeitet werden. Eine Beratung im ländlichen Raum hingegen braucht mehr Zeit. Beziehungspflege ist nötig, wir müssen ganz anders verfügbar sein, das Dorf greift eher in unser Zeitregime ein als das in den Strukturen einer Stadt der Fall ist. Die Rolle als Berater ist nicht die konventionelle, sondern wir stehen mit der ganzen Person ein, die zu Beratenden brauchen das sichere Gefühl, uns, wenn nötig, zu jeder Zeit erreichen zu können und zu dürfen. Ein Misserfolg auf dem Dorf, der ja auch möglich ist, wird hier viel direkter, viel persönlicher als in der Stadt erlebt.

Unsere Beschreibungskompetenz als Berater gewinnt gerade im Dorf eine besondere Bedeutung angesichts solcher Fragen wie der nach Verwandtschaftsgeschichten, nach historischen Zusammenhängen, gegenseitigen Abhängigkeiten etc. Die Frage nach rechtsextremen Milieus muss für jedes Dorf gesondert bedacht werden. Die Relevanz der Informationen wird oft nicht erkannt (wegen unseres städtischen Ansatzes). Dazu kommt die nicht zu vernachlässigende Ost-West-Sensibilität. Und stets zu bedenken ist, dass der ländliche Raum seit Jahrzehnten oftmals politisch nur agitatorisch benutzt wird. Uns geht es genau um das Gegenteil: um ehrliche Wertschätzung und um das Finden, Entwickeln und Ergreifen von Chancen, gemeinsam mit den Menschen hier. Für die Entwicklung und Gestaltung einer pluralisti-

schen Zivilgesellschaft mit gemeinsamer Wertebasis, was wiederum des offenen demokratischen Diskurses bedarf. Dabei können wir Mittler, Partner, Moderatoren, Begleiter und Berater sein, mit unserer Autonomie und im Respekt vor der Autonomie unseres Gegenübers.

Rechtsextremismus ist ein unserer Gesellschaft immanentes Problem. Es ist nicht zu leugnen, auch wenn dies so mancher Amtsdirektor oder Bürgermeister immer noch gern möchte. Dabei wird oft verkannt, dass das Erkennen und Benennen des Problems die Chancen erhöht, Gefährdete dem Einfluss rechtsextremer Organisationen zu entziehen und die Ressourcen politischer Gegenkräfte zu stärken. So lässt sich verhindern, dass rechtsextreme Themenbesetzungen Meinungsführerschaft erhalten. Viele Bürgermeister, Stadtverordnete und Mitarbeiter aus Verwaltungen sowohl in der Uckermark als auch im Barnim sind sensibilisiert für dieses Thema. Gerade in den Städten konnte durch den Aufbau von Bürgerbündnissen eine Gegenöffentlichkeit hergestellt werden, die gewissermaßen eine Brücke schlägt zwischen kommunalen und überregionalen Diskursen. In unserer Beratungstätigkeit bemühen wir uns, jene zu stärken, die sich dem Problem Rechtsextremismus stellen. Dabei sind wir auch im Austausch mit Strukturen, die qua Amt das Problem zu bearbeiten haben, wie Schule, Jugend- und Sozialarbeit. Hier allerdings beobachten wir oft Überlastung, mangelnde Kooperation oder auch nicht ausreichende Professionalität. Das verstärkt die Grenzen bürgerschaftlichen Engagements, die es ohnehin schon durch die beschriebenen sozialen Probleme gibt.

Drei Beispiele – drei Wahrnehmungen in dörflichen Strukturen

Das Dorf A

In einem wunderschönen, idyllischen Dorf am Rande der Uckermark, an der Landesgrenze zu Mecklenburg-Vorpommern, ist der Sohn des früheren Großgrundbesitzers wieder da, eine Konkurrenz hat er nicht. Wer bei ihm Arbeit hat, lebt nach der Devise: Wes' Brot ich ess, des' Lied ich sing. Aber oft wird die Faust in der Tasche geballt, weil ein anderer Gutsbesitzer im Nachbarort sich ganz anders verhält. Dort werden die Beschäftigten angemessen entlohnt, die Bauern der früheren LPG erhielten eine anständige Entschädigung. Dort sind die Pachtzinse höher, die der Bauer zahlt. Dort feiert das ganz Dorf jedes Jahr ein großes Erntefest. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, was in den Menschen vorgeht, die so nah beieinander in zwei Dörfern einer

Gemeinde mit insgesamt nur rund 800 Einwohnern leben. Verletzungen, Gefühle mehrfacher Entwertung, werden lange, über Generationen hinweg, ihr Leben bestimmen. Und dennoch – wen man auch von den Alteingesessenen fragt, sie schwören auf den Zusammenhalt im Ort. Noch vor Jahren schien es kaum möglich, dass die Altdörfler und zugezogene Neudörfler dicke Freunde werden könnten. Fremden gegenüber gab es schon immer Argwohn und eine große Zurückhaltung.

Jetzt gibt es gemeinsame Dorffeste. In die freie Schule gehen auch Kinder der Alteingesessenen. Mit der Schließung des Gemeindekindergartens hat man sich abgefunden, immerhin ist da der alternative Kindergarten. Die Altdörfler sind auf die Neudörfler zugegangen. Die sind auch inzwischen die Mehrheit im Dorf. Man hat sich arrangiert. Unsere Erfahrung ist, wer aus der Stadt in ein Dorf zieht, ist gut beraten, sich bewusst auf die neue Wahlheimat einzulassen. Das bedeutet auch, zu verstehen versuchen, wie so ein Dorf „tickt“, in dem manche Familie seit Jahrzehnten lebt, in dem sich Gewohnheiten und unausgesprochene wie ausgesprochene Regeln über eine lange Zeit entwickelt haben.

Für so manche mitgebrachte Innovationsidee von Neuuckermärkern stand das Eigeninteresse zuerst. Für die alten Dorffregeln, wie beispielsweise die Vorgartenkultur, gab es wenig Verständnis. Wir fragen, ob dies nicht eine andere Art von Gutsbesitzermanier oder auch eine Form feindlicher Übernahme ist. Das ist kein öffentliches Thema im Dorf, dessen gesamte Gemarkung nach ökologischen Kriterien bewirtschaftet wird. Aber die Alten vermissen die Maisfelder, das leuchtende Gelb des Rapses, das Muhen der Kühe, sie verstehen nicht, was Ökologie mit Unkraut auf dem Gehweg zu tun hat.

Und trotzdem fühlen sich die Menschen in diesem Dorf wohl, versuchen das Beste aus dem, was sie haben, zu machen. Und sie haben vor allem sich selbst. Das Vereinsleben ist rege, von der Feuerwehr über den Karnevalsverein, den Dorfverein bis zum Schulverein. Bei den Wirtsleuten des Dorfkruges findet jeder ein offenes Ohr, auch am Schließtag. Denen haben wir viel zu verdanken, sagt einer, hier im Krug war immer was los, klingt es ein bisschen wehmütig. Früher trafen sich die Leute hier nach der Arbeit auf ein Bier, nach Mähdrechereinsätzen manchmal erst spät in der Nacht. Feiern sind heute seltener – mal eine Rentnerfeier, der Karneval. Ansonsten bestellt man lieber das Buffet und die Kuchentafel und feiert zu Hause. Die Geselligkeit im Krug ist angenehm, aber man kann sie sich nicht mehr leisten.



So schön und besinnlich zeigen sich viele Dörfer in der Uckermark

Die Jugendlichen haben noch ihren Klub. Als es da drunter und drüber ging, gab es klare Ansagen aus der Gemeinde, jetzt läuft es ruhiger. Eine der Lehrkräfte der freien Schule hat ein Auge mit drauf, ehrenamtlich. Das achten die Altdörfler, auch wenn viele mit dem „neumodischen Kram“ einer freien Schule nicht so gut können.

Wahlergebnisse wie in Mecklenburg-Vorpommern mit 30 Prozent Stimmen für die NPD könnten sie sich hier nicht vorstellen, auch wenn ihre soziale Situation nicht viel besser ist als dort. „Jugendliche, die so denken, sind bei uns in den Vereinen, sie haben eine Aufgabe, kümmern sich z. B. um die Absicherung von Veranstaltungen“. sagen Gemeindevertreter. Und: „Wir hören nicht weg, wenn es einen blöden Spruch gibt, wir schauen auch nicht weg.“

Solange das Einsickern in die Vereinslandschaft des Dorflebens nicht Strategie aus dem rechtsextremen Spektrum wird, wie mancherorts im benachbarten Bundesland, mag das funktionieren. Die Meinungsführerschaft gehört anscheinend noch der demokratischen Mehrheit. Der Besucher des schmucken Dörfchens merkt schnell, dass man sich hier mit der rechtsextremen Klientel arrangiert hat, deren Attacken aus den Anfängen der 90er Jahre Geschichte sind. Man stört sich gegenseitig nicht, im Dorf ist Ruhe. Die Polizei thematisiert das Problem kaum, ist aus dem Gemeinderat zu hören. Dabei wäre es nicht unwichtig, in der Gemeinde darüber miteinander zu sprechen, wie es kommt, dass bei rechtsextremen Schmierereien hinter vorgehaltener Hand eher zu hören ist: „Müsste noch viel mehr passieren, damit die da oben end-

lich aufwachen“. Diese instrumentelle Zustimmung zum Rechtsextremismus treffen wir in der Uckermark häufiger an.

Das Dorf wächst, Kinder werden geboren, fast alle Wohnungen sind vergeben. Dass die Neuzugezogenen inzwischen die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, hat auch frühere Widerstände der Alteingesessenen gezähmt, sie sind realistisch genug, um zu erkennen, dass sie als Minderheit schlechte Karten haben, ihre Gestaltungsspielräume immer geringer werden, auch politisch.

Geringe oder gar keine Gestaltungsspielräume – das hören wir in Gesprächen in vielen Dörfern häufig. Aber immer wieder treffen wir auf Bürgermeister und Gemeindevertreter, die darum ringen, das Beste für ihr Dorf, ihre Gemeinde zu tun.

Die Gemeinde B

Das Beispiel der Gemeinde B zeigt, wie wichtig Vorrecherchen und Kenntnisse über Vergangenheit oder Milieu eines Dorfes sind.

Vor einer Beratung Informationen über ein Dorf zu sammeln, in dem man bislang nicht tätig war, ist nicht so einfach. Eine Internetrecherche kann ein Anfang sein, aber sie ist nicht immer sehr ergiebig. Über ein Dorf erfährt man mehr, über ein anderes ausgesprochen wenig. Aber vor allem erfährt man wenig über die Menschen, die dort leben.

Grundmoränenlandschaften mit ausgedehnten Wiesen prägen das Bild vieler Dörfer in der Uckermark. So auch in einem kleinen Dorf nahe der A 11. In der Umgebung gibt es viele Seen, die Autobahnanbindung ist nur wenige Kilometer entfernt. Das ist ein Pfund, mit dem auch im Tourismus geworben werden kann. Viele Dorfanlagen sind slawischen Ursprungs. Der 30jährige Krieg hat in den Dörfern viele Zerstörungen angerichtet. Die Zuwanderung von Hugenotten ist ein weiteres gemeinsames Geschichts-Detail vieler Dörfer.

Und, wie sollte es anders sein, als der liebe Gott die Familie von Arnim auf die Erde der Uckermark fallen ließ, landete ein Zweig der Familie auch in diesem Dorf. Für das alte Schloss, stark sanierungsbedürftig, sucht die Gemeinde händeringend nach Investoren. Schwierigkeit: Der Boden ist mit Altlasten wie z. B. Öl verseucht. Jetzt, nach dem durch die Gemeindegebietsreform erzwungenen Zusammenschluss mit den anderen zwei Dörfern, müssen alle gemeinsam die noch offenen Verbindlichkeiten tragen. Das heißt, das wenige Geld, das den Dörfern im Haushalt noch zugewiesen wird, fließt zur Zeit nur in dieses Dorf. Das birgt bei den anderen Frust und ein Konfliktpotential in sich.

Das Dorf taucht seit Beginn unserer Tätigkeit als Regionalteam immer mal wieder auf, kaum positiv besetzt. „Ach geh“, hören wir abwinkend, Gerüchte über mögliche Ausbildung von Rechtsextremen, Jugendklub als geschlossene Gesellschaft, viel Gewalt, Diebstahl und ähnliches mehr. Höhepunkt war die Verurteilung einer Jugendlichen im Zusammenhang mit einem Überfall auf einen Afrikaner. Es schien, als wäre das im Dorf kein Thema. Wir fanden keinen Zugang. Getreu dem bisherigen Beratungsansatz „Wir gehen nur dorthin, wo wir gerufen und gewollt sind“, haben wir die Füße still gehalten. In einem Nachbardorf konnten wir hilfreich sein bei der Gründung eines Dorfvereins und in der Vermittlung eines Geschichtsprojektes für die Jugendfeuerwehr des Ortes. Aber es gelang nicht, Jugendliche des anderen Dorfes zu motivieren, ein ähnliches Projekt für sich zu suchen.

Aber wir hatten in der Nachbarschaft Spuren hinterlassen, die uns die Tür zum neu gewählten Bürgermeister der Gemeinde geöffnet haben. Wir hatten vergangenen Sommer ein gutes Gespräch mit dem Bürgermeister der Gemeinde, von dem wir hier einiges wiedergeben möchten, weil es exemplarisch ist für viele Dörfer und auch viele Bürgermeister der Uckermark.

Habt ihr schon gehört, was wieder im Nachbardorf los war? Die haben doch da Rasen frisch gesät und dann gedüngt – so (der Bürgermeister zeichnet mit dem Finger Linien auf den Tisch), na ein Hakenkreuz eben. Das ist jetzt dunkelgrün zu sehen. Jetzt ist schnell nachgedüngt worden, ich hoffe, das verwächst sich bald. Die Polizei war schon zwei Mal da, ich denke, man kann gut rauskriegen, wer dafür verantwortlich ist, über die Firma. Die wird ja wissen, wer da gearbeitet hat.

Was bedeutet das, wieder? Wieso winken da viele Leute immer ab?

Das Dorf ist kein altes Bauerndorf, es war ein Gut mit einem Grafen. Und dann sind viele zugezogen, die alten Gutsarbeiterhäuser und auch die Siedlungshäuser, die nach 45 entstanden, bezeugen das. Da gibt's keine Einigkeit, immer viele Streitereien, Diebstähle. Drei Familien beherrschen alles. Alles wird personifiziert, die Sache, um die es geht, wird zur Nebensache. Wie z.B. beim Streit um den Kindergarten. Das Gebäude ist total marode, das Amt, das Träger der Kita ist, hätte die Kita sowieso geschlossen. Und als eine Frau aus dem Nachbarort sich privatisiert hat, und auf ihrem Grundstück eine neue Kita gebaut hat, wurde ihr Antrag bestätigt. Dagegen gab es sogar eine Unterschriftensammlung. Aber die Privatisierung hat für die Gemeinde eine Ersparnis von 24 000 Euro gebracht, eine

Kollegin aus der alten Kita wurde übernommen. Heute sind Eltern und Kinder glücklich mit der neuen Kita.

Und was ist mit dem Schloss?

Ach, alles offen. Wir warten jetzt auf das Gutachten für das Gelände, die Gemeinde kann durch die Naivität beim damaligen so genannten 1-Euro-Schnäppchen möglicherweise ewig zahlen. Wir versuchen, den Hof zum Außenbereich umzuwidmen, damit sich für das Schloss vielleicht doch in absehbarer Zeit ein Investor findet. Und wenn das Grundstück Außenanlage wäre, hätten wir eine Chance auf Ausgleichsmaßnahmen. Die vor dem Zusammenschluss der Dörfer ausgelösten Aufträge und damit die Verträge müssen eingehalten werden. Deshalb hat die Gemeinde jetzt einen so genannten Sicherungshaushalt für fünf Jahre, wir können nur die Pflichtaufgaben erfüllen, und damit stecken wir fest, mehr geht nicht. Auch die Rücklagen, die die anderen hatten, sind dorthin geflossen.

Was müsste denn getan werden, damit die drei Dörfer enger zusammenrücken, damit es ein besseres Verstehen gibt?

Ich glaube, das ist schwierig. Die kleinen Dörfer wurden unter Druck gesetzt. Wir mussten uns zusammenschließen. Zusammenwachsen konnte da gar nichts. Die ganze Gemeindegebietsreform hat nichts gebracht. In der Verwaltung wurde nichts eingespart – Haushalte müssen z.B. nach wie vor für jedes Dorf einer Gemeinde gesondert erstellt werden. Die einzige Idee, die aus dem Verwaltungsbereich zur Einsparung kam, war der Vorschlag, die Aufwandsentschädigung für die Gemeindevertreter zu kürzen. Aber da wird wirklich keiner reich davon, das ist wirklich nur eine Entschädigung, fürs Hin- und Herfahren z.B.

Und der Gesetzgeber verbietet ja geradezu Eigeninitiative – z.B. darf der Gehweg in einem Dorf nicht ehrenamtlich erneuert werden. Wenn der aber gemacht werden muss, müssen die Bürger richtig zahlen, das kann sich kaum einer mehr leisten – wir haben 50 Prozent Arbeitslose in unserer Gemeinde. Da rühr ich doch jetzt nicht am Gehweg.

Was kann denn so eine Gemeinde oder eines der drei Dörfer eigenständig entscheiden?

Wir können nur noch entscheiden, wann wir unsere Laternen ausschalten. Ansonsten kann der Bürger gar nichts bewegen oder entscheiden. Das Straßenreinigungsgesetz ist den Gemeinden übergeholfen worden, jetzt geht der Streit darum, dass die Kreisstraßen auch noch den Gemeinden aufgedrückt werden sollen – wovon sollen wir denn die Kosten bezahlen?

Im Gemeinderat ist es so, dass jedes Dorf für sich entscheidet, wenn irgendwas beschlossen werden muss, ein Grundstücksverkauf oder was auch immer. Dann heißt die Frage: Was wollen die im Nachbardorf? Na denn macht mal. Oder was wollen die anderen? Na denn macht. Es gibt kein gemeinsames Nachdenken über die Zukunft unserer Gemeinde. Sogar ein eigenes Feuerwehrgebäude soll das Amt jetzt finanzieren. Dabei steht ein Kilometer weiter ein gut ausgestattetes neues. Die Eigenständigkeit der Dörfer, das ist es, was die Leute wollen, und die ist ihnen weggenommen worden. Ich bin noch gar nicht sicher, wie ich mit der Idee vom altersgerechten Wohnen in den Gemeinderat gehen soll.

Worum geht es da?

Ein Investor wollte das Schloss für altersgerechtes Wohnen umbauen. Wir als Gemeinde sollten das Geld für die Sanierung besorgen. Das ist eine Nummer zu groß für uns. Aber im Nachbardorf steht die alte Schule leer. Die gehört der Gemeinde, ist überschaubar von der Größe her. Da ließe sich die Idee eines altersgerechten Wohnens eventuell verwirklichen. Derjenige, der dann die Betreuung und Versorgung übernimmt, müsste sich verpflichten, dass er Menschen aus unserer Gemeinde einstellt. Wir haben hier z. B. auch eine arbeitslose Krankenschwester.

Und wenn Sie es als Beginn beschreiben, als einen ersten Schritt für ein gemeinsames Projekt, gewollt von allen drei Dörfern?

Das klingt gut, das probier ich, vielleicht kann ich die Gemeindevertreter so gewinnen.

(Der Gemeinderat hat inzwischen das Projekt befürwortet. Die alte Dorfschule soll umgebaut werden zu einer altersgerechten Wohnalternative. Jetzt werden die entsprechenden Förderanträge gestellt.)

Mitte der 70er Jahre gab es in der DDR schon einmal den Versuch, die kleinen Dörfer sterben zu lassen zugunsten der Zentraldörfer und förderfähigen Kleinstädte. Ist das jetzt ähnlich?

Ja, auch das Dorf, in dem ich wohne, hatte damals schon das Kreuz. Beweisen kann ich zwar nicht, dass das jetzt auch gewollt ist, aber der Verdacht liegt sehr nahe.

Wenn ein Dorf, auch eine Gemeinde, ihrer Meinung nach so gut wie nichts mehr entscheiden kann, was bewegt dann jemand wie Sie, Bürgermeister zu sein?

Als ich mit der ehrenamtlichen Tätigkeit als Ortsbürgermeister nach der Wende begonnen habe, war an die Gemeindegebietsreform noch nicht

zu denken. Ich habe damals im öffentlichen Dienst gearbeitet. Auch so ein Ding – da wurde erst für drei Millionen ein neues Gebäude gebaut, und dann wurde alles in die Kreisstadt verlagert. Ich wurde erst ins Jugendamt versetzt, dann sollte ich in die Kommunalaufsicht. Und da hätte ich allerdings alle Ehrenämter aufgeben müssen, weil sich die nicht mit einer Tätigkeit in der Kommunalaufsicht vereinbaren lassen. Ich musste mich entscheiden zwischen dieser Arbeit oder einer Abgruppierung. Ich bin jetzt Fallmanager, mit weniger Gehalt, und eben ehrenamtlicher Bürgermeister meiner Gemeinde. Ich will tun, was ich tun kann, um den Menschen zu helfen und mit dafür zu sorgen, dass unsere Dörfer nicht sterben. Ich kann nicht aus meiner Haut.

Dorf C

In einem weiteren Ort, einem ehemaligen Musterdorf der DDR, wird versucht, die demografische Entwicklung als Chance für Arbeit und Lebensqualität der mehr werdenden älteren Menschen anzunehmen. Hier wurde durch den Bürgermeister, der einen Pflegedienst betreibt, eine der ersten Senioren-Wohngemeinschaften der Uckermark gegründet. Hilfe- und pflegebedürftige Senioren leben in kleinen Gruppen von acht bis zehn Bewohnern in einem gemeinsamen Haushalt zusammen, werden von Betreuungskräften rund um die Uhr unterstützt. Jede/r hat ein eigenes Zimmer, es gibt eine Gemeinschaftsküche, einen Gemeinschaftsraum, zwei Bäder, davon ein Pflegebad. Diese Betreuungsform ermöglicht ein bedarfsgerechtes Angebot im vorhandenen Wohnungsbestand des ländlichen Raumes ohne mit den Anforderungen des klassischen Heimgesetzes in Konflikt zu geraten (die Heimbewohner haben einen Mietvertrag mit der kooperierenden Wohnungsgesellschaft).

Und gerade im Senioren- und Pflegebereich, im Bereich der Dienstleistungen liegen neben dem Freizeit- und Tourismusbereich Chancen für eine Stabilisierung des ländlichen Raumes. Die LEADER+-Studie⁷ weist für die Uckermark aus, dass durch den altersgerechten Umbau von Wohnraum und ein zusätzliches Angebot zielgruppengerechter hauswirtschaftlicher Dienstleistungen bis zum Jahr 2020 1.000 neue Arbeitsplätze entstehen könnten. Bedauerlich ist, dass ambulant tätige Pflegedienste keine Auszubildenden betreuen dürfen. Hier bestünde auch für Jugendliche eine Chance.

⁷ Vgl. Anm. 2.



Alltag im Dorf

Für dieses Dorf als früheres DDR-Vorzeigedorf standen die gute Infrastruktur mit Geschäften, Schule und Kindergarten, ein Kulturhaus, der Jugendklub, Neubauten und eine große Milchviehanlage, in der vor allem Frauen auch in verantwortungsvollen Positionen tätig waren. Lehrlinge des 20 km entfernten volkseigenen Gutes machten hier ihr Praktikum. Der frühere Vorsitzende der LPG Pflanzenproduktion ist auch heute in der Gemeinde in einer Agrar-, Handels- und Verwaltungsgesellschaft führend tätig.

Das Dorf verfügt auch heute noch über eine Gesamt- und eine Grundschule wie auch über eine Kita. 2004 vermeldete die Statistik noch 83 Gewerbebetriebe in der Gemeinde. Im Ort selbst gibt es Einkaufsmöglichkeiten, einen Zahnarzt und eine allgemeine Arztpraxis. Vor zwei Jahren hat ein Bäcker hier eine Verkaufsfiliale mit Cafébetrieb aufgemacht. Insofern sind die Bewohner des Ortes in manchen Dingen weniger abhängig von den durchfahrenden Verkaufsautos und auch vom Nahverkehr, weil sie eben das Notwendigste, bis hin zur Sparkasse, in ihrem Dorf finden. Der Weg zur Amtsverwaltung allerdings ist 15 km lang, das ist ohne Auto schon beschwerlich.

Auch dieses Dorf, wie die gesamte Gemeinde der insgesamt vier Dörfer, steht für Tourismus und hat einiges zu bieten: Reitsport, Fußball, Bogenschießen, Senioren- und Frauensport. Der örtliche Fahrrad- und Kanuverleih ist inzwischen in der gesamten Uckermark etabliert. Mit ihm kann man Touren vereinbaren, die Radsport und Kanufahrten verbinden.

Die Gemeinde liegt im Zentrum der Uckermark, gut erreichbar durch die nahe Autobahn wie auch mit dem Zug, der hier noch fährt.

Auch hier war die Gemeindegebietsreform nicht unbedingt von Vorteil für das eigene Dorf. Andere Dörfer aus der Gemeinde haben Schulden, die zuerst abgetragen werden müssen. Das Problem ist, die Gemeinde als Gesamtkonstrukt zu betrachten; das Zusammenwachsen dauert und „die Bürokratie frisst uns auf“, sagt der Bürgermeister. Für das Ansinnen der Kommunalaufsicht, an den Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtlichen Gemeindevertreter zu sparen, hatte er bei unserem Gespräch im Sommer 2006 nur ein Kopfschütteln.

Seiner Meinung nach ist der Zusammenschluss vieler Dörfer im Zuge der Gemeindegebietsreform kaum strategisch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt.

„Ehrlich, viele Beschlüsse zum Zusammenschluss sind aufgrund persönlicher Beziehungen, danach, ob man mit den anderen Bürgermeistern kann oder nicht, gefasst worden. Aber das ganze ist ja noch nicht beendet – durch das Gemeindefinanzierungsgesetz bleibt der Druck.“

Was wünschen Sie sich von Ihren Gemeindevertretern?

„Sie müssen begreifen, dass das Amt zur Dienstleistung für uns da ist und nicht umgekehrt.“

Als dringlichste Probleme beschreibt der Bürgermeister, der zugleich selbständiger Unternehmer ist, die „Arbeit an der Demokratie“ und die „Arbeit mit den Jugendlichen“.

„Wir müssen mehr dafür tun, die Eigeninitiative und die Eigenverantwortung der Menschen zu stärken. Ohne die funktioniert Demokratie nicht. Aber wenn das 40 bis 50 Prozent der Menschen verstanden haben, ist es viel. Noch zu viele leben nach dem Motto: Geh voran, ich komme mit dir mit und wenn es bis ins tiefste Wasser ist. Sie wollen, dass ihnen jemand sagt: da geht's lang.“

Viele Jahre hat der Bürgermeister Fußball gespielt, aus dieser Zeit denkt er, hat er viel gelernt, was Jugendarbeit betrifft, und sagt von sich, dass er nicht zickig ist, auch nicht vergessen hat, welchen Blödsinn er als Jugendlicher selbst mal angestellt hat. Er trifft den Ton, auf ihn hören sie, aber die alten Leute haben Angst, wenn sie beim Spaziergang auf eine größere Gruppe junger Leute treffen.

„Die meisten jungen Leute sind offen oder verdeckt dem Rechtsextremismus zugeneigt, das ist ein Problem, dem wir uns stellen müssen.“

Der Bürgermeister sieht, dass die Wurzel des Problems allerdings eher bei den Eltern und Großeltern zu finden ist. Niemand kommt mit rechtsextremen Gedanken auf die Welt. Die Wahlergebnisse der letzten 10 Jahre mit stets so um die 30 bis 40 Stimmen für die NPD sind für den Bürgermeister alarmierend.

Früher gab es im Dorf einen Jugendklub, mit einer von der Gemeinde bezahlten Angestellten. Jetzt fehlt das Geld. Aber mit einer ABM oder einer MAE-Kraft wäre dem Ort nicht geholfen.

„Wir brauchen was dauerhaftes, einen Profi, der bereit und in der Lage ist, mit Jugendlichen zu arbeiten, auch unter dem Aspekt Rechtsextremismus. Das kann nicht jeder.“

Wohl kaum wird es in Zukunft in jedem Dorf einen Jugendklub mit einem ausgebildeten Sozialarbeiter geben, das sieht auch dieser Bürgermeister nicht anders als Verantwortliche in Land und Landkreis. Aber das darf nicht heißen, die Jugendlichen der Dörfer dem Rechtsextremismus zu überlassen. Es braucht neue Modelle der mobilen Jugendarbeit auf dem Lande und dies auf fachlich hohem Niveau. Dafür ist dieser Bürgermeister ganz sicher ein Partner. Einer, der trotz aller Probleme optimistisch durch sein Dorf geht. „Die Kinder sind da, wir haben die Schule und die Kita. Und immer auch wieder Leute, die motiviert sind, was anzupacken – ob es im Schützenverein ist oder in der Feuerwehr. Gerade haben wir den Verein „Altes Eisen“ für Senioren gegründet. Und ich scheue mich nicht davor, offen anzusprechen, wo es klemmt.“

Was ist nun das Besondere in Dörfern?

Migrationsgeschichtliche Hintergründe spielen in Dörfern der Uckermark oftmals eine größere Rolle als in Städten. Und die Besonderheit ist, dass jeder jeden kennt, lange tradierte Feindschaften werden von Generation zu Generation weitergegeben. Auch Hierarchien und Bilder werden immer wieder reproduziert, z. B. wird bei Zugezogenen oder Flüchtlingen über Generationen hinweg immer wieder auf deren Herkunft verwiesen.

Differenzen und Konflikte werden oft mit Schweigen überdeckt, irgendwie ist man ja auch voneinander abhängig. Das MBT könnte hier auch ein Störfaktor sein, wenn wir in unserer Arbeit nicht respektieren und berücksichtigen, dass das Leben im Dorf anders ist als in der Stadt. Desinteresse am Umfeld und am Sinn des eigenen Lebens gewinnt Raum. Da wir uns im Land Brandenburg bewegen, müssen wir selbstredend auch die Ostsozialisierung im Blick haben. Die Streitkultur fehlt im Dorf nicht unbedingt, aber sie ist eine andere als in der Stadt. Fehlende Infrastruktur, daraus resultierende Probleme im Gesundheitswesen, machen das Leben im Dorf nicht eben leichter. Das Leben im Dorf ist zudem gekennzeichnet durch ein multiples Rollenverständnis, eine Frau z. B. hat immer mehrere Rollen, sie ist Frau, Mutter oder Tochter von xy, Kindergärtnerin, die frühere Sekretärin des LPG-Vorsitzenden und dergleichen mehr. Und sie äußert sich eben nur insoweit, wie sie es glaubwürdig in Bezug auf ihre eigenen Kinder vertreten kann. Identitätsfindung findet auf dem Dorf über die Gartenkultur statt, der Garten ist das gemeinsame Thema, hier erfolgt eine Aneignung der Natur, Kreativität gibt es im Dorf hinsichtlich der Pflanzen und Tiere. Wertschöpfung erfolgt informell – eine Hand wäscht die andere.

Das Dorf ist charakterisiert durch verschiedene Gruppenbildungen und konkurrierende soziale Systeme, wie Wirtschaft, Gärtner, Großbauern, Alteingesessene, Neuzugezogene, Migrationsgruppen. Wir haben familiengeschichtliche Peergroups, weltanschauliche Ausrichtungen (Parteien, Christen und Nichtchristen, Katholiken, Protestanten). Innerhalb dieser Konkurrenzen und Ausdifferenzierungen entwickeln sich Status- und Funktionshierarchien.

Wenn wir uns den Bildungsbereich auf dem Dorf anschauen, stellt sich die Frage: ist hohe Bildung ein Integrationshindernis? Einerseits ist es so, dass eher die Menschen mit einer höheren Bildung weggehen. Andererseits gab es traditionell im Dorf drei bis vier Hochgebildete (Arzt, Pfarrer, Lehrer, Kantor), davon ist aber heute nicht mal mehr der Pfarrer da. Das heißt, wir haben eine Disproportion zwischen traditionellen und tatsächlich vorhandenen ausgebildeten Intellektuellen und dem Wegzug. Intellektuelle, die jetzt da sind, sind möglicherweise öffentlich nicht zugänglich (z. B. ein Professor). Wenn wir hier den Begriff Elite verwenden, dann weniger im Sinne von Funktionseliten, sondern eher in dem Sinne: wer macht die herrschende Meinung. Dörfliche Eliten sind eher Deutungseliten, Bildung ist nicht ausschlaggebend für die Zugehörigkeit zur Dorfelite.

Eher geht es um Macht. Die gewinne ich, wenn ich im Dorf etwas zu meinen Gunsten aus der Waage bringe. Das eingangs beschrie-



Blick über die Felder in ein Dorf

bene Dorf A mit dem immer stärker werdenden Mehrheitsverhältnis Neuzugezogener, der durch sie gegründeten Kita und Schule, mag dafür als ein Beispiel stehen. Rollenbilder und Hierarchien geben vor, ob jemand zur Elite kommt oder nicht. Der Status eines Bürgermeisters wird in den Dörfern heute neu beschrieben. Er hat kaum Stellenwert in der Hierarchie. Es erfolgt ein Abbau ehrenamtlicher Politik. Die Bildung von Großgemeinden und die mit der Gemeindegebietsreform vergrößerten Kleinstädte durch die Angliederung von oftmals bis zu 20 Dörfern haben zur Folge, dass der Spielraum für die aktive Dorfgestaltung sinkt. Die politische Autonomie des Dorfes ist faktisch weg. All dies führt wiederum zu einem Motivationsverlust, Entscheidungen werden woanders, nicht im und kaum mit dem Dorf getroffen. Der Wegfall bzw. das Nichtvorhandensein politischer Eliten auf der einen und die wachsende Zahl von jenen, die die Vergangenheit verklären auf der anderen Seite fordern geradezu die Suche nach neuen Wegen.

Strukturen und die sie tragenden Bereiche gewinnen an Bedeutung. Die Schattenwirtschaft wird stärker. Fraglich ist, ob es durch Hartz IV-Empfänger eine volkswirtschaftliche Wertschöpfung geben wird. Landbesitz wird wieder Macht- und Statusfaktor. Andererseits ist ein Wertverlust bei Immobilien zu verzeichnen. Unter diesen Bedingungen entwickeln sich Wirtschaftseliten, die nur noch lokal möglich und andererseits verwaltungsabhängig sind, z. B. von Aufträgen aus öffentlicher Hand. Zu den dörflichen Eliten gehören neben Institutionseliten wie z. B. Träger von ABM oder MAE auch an Karriere orientierte

Politikerkasten. Lobbyisten wie z.B. Bauunternehmer und Eliten aus Zugezogenen und traditionellen Meinungsmachern wie z. B. alteingesessenen Familiendynastien. Ortsbürgermeister und informelle Gruppen wie Feuerwehr oder Karnevalsverein zählen ebenso dazu.

Fragen wir Dorfbürgermeister und Dorfbewohner danach, was sie sich für ihr Dorf wünschen, so steht ganz oben der Wunsch, dass das Dorf ein Dorf bleibt. Dem sollte Aufmerksamkeit seitens der Politik und der Ämter und Behörden gewidmet werden. Eigenverantwortung und Entscheidungsfreiheit wollen die Menschen in den Dörfern. Hier decken sich unsere Recherchen mit den Ergebnissen der in der Leader+-Studie erfolgten Befragung von Ortsbürgermeistern.⁸ Vereinsarbeit wird als hohes Gut für die Entwicklung von Zusammengehörigkeitsgefühl im Dorf beschrieben. Zuzügler seien schwer integrierbar, wird ebenso in der Studie festgestellt, wie ein Auseinanderdriften des Dorfes. Zugleich wird in der Pflege dörflicher Traditionen und in der Integration junger Leute im Vereinsleben eine Chance gesehen, Jugend im Dorf zu halten. Dies ist ein wichtiger Ansatz für Demokratinnen und Demokraten, auch, um der Gefahr aus dem Bereich des Rechtsextremismus entgegenzuwirken. Denn die NPD sucht gerade hier Zugang zu den Menschen.

Die Gemeindegebietsreform wird von nahezu allen, die wir befragten, eher als Problem und Hindernis denn als Chance beschrieben. Ein Grund dafür mag sein, dass sie kaum professionell begleitet und nur nach verwaltungstechnischen Aspekten umgesetzt wurde.

Die Reform war eine Chance, die, wie Bürgermeister heute beschreiben, oftmals nicht erkannt und genutzt wurden. Es gab, so die Meinung, weder bei ihnen noch auf der Landesebene eine gemeinsame politische Strategie und Vision. Die Städte betrachten die Dörfer oft als Verfügungsraum – Kläranlagen kommen z.B. genau dorthin, Schulen werden abgewickelt, die Dörfer sollen alles bezahlen, ihr Dorffest, den Lampionumzug der Kinder etc. Im Moment überwiegt seitens der Städte ein geopolitischer Politikansatz, die Infrastruktur der Städte wird stabilisiert, es gibt einen Bevölkerungszuwachs und Kopfpauschalen. Andererseits gibt es eine hohe innere Ablehnung in den Dörfern gegenüber der Stadt, sie wollen ihre Identität behalten. Daraus entwickelt sich langsam eine Widerstandskultur im Dorf, aber auch Trotz. Missverständnisse und Unverständnis, ein mangelndes Einfühlungsvermögen auf beiden Seiten erschweren die Kommunikation. Verwaltungstechnisches gewinnt immer mehr Raum, politische

⁸ Vgl. Anm. 2.

Entscheidungen fallen nicht vor Ort, was wiederum demotiviert, kurz gesagt: wir haben es mit einer Entpolitisierung zu tun. Die Gestaltungshoheit verändert sich und wird dem ökonomischen Zwang untergeordnet, die Verwaltung legt vor und bestimmt, die Politik nickt ab. Das heißt, die demokratischen Grundregeln werden verkehrt, das geht durch bis auf den einzelnen Bürger.

Wenn wir über Partizipation im ländlichen Bereich sprechen, sehen wir da z.B. folgende Felder: Dorffeste, Fraueninitiativen, Vereine vom Anglerverein bis Dorfverein etc., informelle Strukturen, Familienverbände, Feuerwehr, Jugendklubs, Kirche, Kleinunternehmer, so genannte Subbotniks zur Dorfverschönerung. All dies ist auf keinen Fall gering zu schätzen, wird aber möglicherweise nicht die Gestaltungshoheit zu Gunsten eines ganzheitlichen Politikansatzes Dorf-Stadt-Dorf verändern.

Dennoch entwickelt sich in den Dörfern visionäres Potential und Kreativität für das neu entstandene Kommunalgeflecht. Strategien wie Nachbarschaftshilfe, Tauschhandel bzw. -börsen werden entwickelt oder ausgebaut, die Schattenwirtschaft mit nicht angemeldetem Gewerbe wächst, Transporte werden anders „organisiert“, Brennstoffe aus dem Wald geholt etc., hier sind der Phantasie kaum Grenzen gesetzt. Wichtig bei allem ist, ob es ein Radweg nach Treckernorm ist oder ein Jugendraum, in dem man günstig sein Bier bekommt, dass alle etwas davon haben müssen. Andererseits wächst das kreative Potential entweder für den Boykott oder für die Anpassung. Gesetzliche Vorgaben gehen fast immer massiv in den Geldbeutel des Einzelnen wie z.B. beim Bau der Kanalisation oder der Straßenerneuerung. Für die Städte wurden viele Vorgaben subventioniert. Grundsätzlich geht die Eingemeindung zu Lasten des einzelnen Dorfbewohners. Er, nicht der Bürger der Stadt, hat die Kosten zu tragen. Konflikte, die mit der Eingemeindung vom Land auf die Städte und Dörfer durchgereicht wurden, gehen zu Lasten der Verwaltung, sie muss Negatives verkünden, Positives wie z.B. das Ausreichen von Fördergeldern u. ä. verkünden Landespolitiker.

Handlungsansätze und Perspektiven

Am Anfang unserer Beratungstätigkeit steht immer die Frage, wie kommen wir in die Systeme rein, z.B. Landespolitik, die Beratung bestehender Eliten, die Beratung von Nichteliten mit dem Ziel der Basisverbreiterung oder anderes. Mögliche Felder sehen wir in der

Befähigung von Nichteliten, sich ein Standbein zu schaffen. Das erfordert aber perspektivisch auch gesetzliche Veränderungen. Wenn z.B. die Idee der Ich-AG weitergedacht wird, müsste eine Unternehmensgründung leichter möglich werden. Der Start einer Wertschöpfungsdebatte könnte Chancen bieten, aber auch hier würden Gesetzesänderungen erforderlich sein. Bedarf gibt es ohne Zweifel in der Kompatibilitätsberatung. Wie kriegen wir es z.B. in Kleinstädten hin, Dörfer strategisch mitzudenken, die gegenseitige Kommunikation zu befördern, Politikkonzepte für das System als Ganzes zu entwickeln? Die Vernetzung von Eliten in strategischer Sicht (Wirtschaft, Politik, Bildung) ist ein weiteres wichtiges Feld.

Hier sehen wir eine wichtige Aufgabe für uns. Demokratieentwicklung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bedürfen eines verbindenden Wertehorizontes. Der wiederum braucht die Verbindlichkeit innerhalb des demokratischen Gemeinwesens – verlässliche und kontinuierliche Zusammenarbeit der demokratisch legitimierten Politik mit der gemeinwohlorientierten Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Es geht darum, die Bereitschaft und die Fähigkeit zu entwickeln, Koalitionen und Kooperationen zu bilden – nicht gegen Personen und Ziele, sondern für gemeinsame Ziele. Darin liegt auch im ländlichen Raum unsere Zukunft. Nichts ist so schädlich wie Lobbyismus und eitles Gerangel um parteipolitischen kurzfristigen Machtzuwachs.

Freilich gibt es die verschiedensten Möglichkeiten, Türen für ein Erstgespräch zu öffnen, z.B. über Freiwillige Feuerwehr, Arbeitersamariterbund, Technisches Hilfswerk, ein Gesprächsaufhänger können Museen, die örtliche Geschichte etc. sein. Aber: wie kommen wir rein, auch wenn wir nicht reinkommen bzw. nicht angefragt werden? Ehrliches Interesse, ein Gespräch am Gartenzaun, das offene Eingestehen eigenen Nichtwissens über bestimmte Abläufe im dörflichen Leben, in der Tierhaltung etc. können, so unsere Erfahrung, das Eis brechen. Kurz gesagt: es ist unsere wertschätzende Grundhaltung, zu der im dörflichen Bereich noch eine besondere Sensibilität gegenüber dem Anderssein des Dorfes gegenüber der Stadt kommt. Hervorzuheben ist der sehr viel höhere Bedarf an Zeit, die wir investieren müssen. Wir müssen herausfinden, wer für uns Ansprechpartner sein kann und da lauert so manches Fettöpfchen. Wenn es beispielsweise um den Seniorenbereich geht – Senioren sind zunehmend in der Mehrheit in dörflichen Strukturen – haben wir einerseits ein hohes Erfahrungspotential mit vielen erlebten Brüchen (Bodenreform, LPG-Gründung, Demokratieabgewandtheit) und zugleich andererseits das Bedürfnis

von Menschen, ihre Biografien zu schützen. Wie könnten wir dabei helfen, Entwertungserfahrungen in Wertungserfahrungen umzuwandeln, Menschen zu ermöglichen, das zu erzählen und zu beschreiben, worauf sie stolz sind und dies in Bezug zu setzen zu öffentlichen Aufgaben?

Kurzum: es geht darum, dass Menschen sich ihrer Autonomie wieder bewusst werden, dass sie ihre Fähigkeit zu denken, zu urteilen und eigenverantwortlich zu entscheiden entwickeln oder wieder erwecken. Dies ist die Voraussetzung für einen offenen und damit demokratischen Diskurs über eine zu entwickelnde kulturell pluralistische Zivilgesellschaft, basierend auf einer objektiven Werteordnung. Hier haben die Menschen in den Dörfern in uns einen vertrauenswürdigen und verlässlichen Partner. Die Zukunft der Region liegt in ihrer Hand.

Wolfram Hülsemann, Michael Kohlstruck, Dirk Wilking (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches
Institut für Gemeinwesenberatung**

Einblicke II

Ein Werkstattbuch

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber:

Cover: Daniel Abma

S. 8: Daniel Kause

S. 17: Uckermärkischer Anzeiger vom 10.10.2003

S. 17 u. 18: Wolfram Hülsemann

S. 22, 29, 30, 33-35 u. 39: Andrea Nienhuisen

S. 28, 40 u. 43: Daniel Abma

S. 38: Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe

S. 82, 85, 87 u. 93: Schutzbund Deutschland

S. 89: Dominique John

S. 91: Gabriele Schlamann

S. 105-108, 112-114: Informelle Gruppen. Bei Hells Angels soll es sich in den USA um ein Markenzeichen handeln.

S. 150-152 u. 161: KKJR MOL e.V.

S. 168: Ulrike Trellert

S. 169-171, 177, 183 u. 187: Karin Dörre und Jürgen Lorenz

© Dezember 2007, Potsdam

(für die elektronische Veröffentlichung korrigierte Fassung, August 2008)

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von Demokratie und Integration Brandenburg e.V.

Geschäftsstelle:

Benzstraße 11-12

14482 Potsdam

Tel: 03 31 / 7 40 62 46, 01 73 / 6 48 95 81

Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Sabine Garstecki, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei

und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN: 978-3-00-021870-5



Inhalt

Grußwort	5
Vorwort	7
 <i>Wolfram Hülsemann</i>	
Rechtsextremismus – oder: Worüber reden wir eigentlich?	9
 <i>Andrea Nienhuisen</i>	
Rechtsextreme Aufmärsche am Waldfriedhof in Halbe – der lange Weg eines Bürgerbündnisses zum Erfolg	21
 <i>Jan Kasiske</i>	
Halbe 2007 – Mit Recht gegen Rechtsextrem? Über Möglich- keiten und Grenzen von Gesetzesänderungen zu Verboten von Aufmärschen Rechtsextremer	45
 <i>Michael Kohlstruck, Daniel Krüger</i>	
„Die Treue ist das Mark der Ehre“	55
 <i>Nicola Scuteri</i>	
Rechtsextreme Strukturen im Nordwesten Brandenburgs am Beispiel des „Schutzbund Deutschland“	79
 <i>Dirk Wilking</i>	
Rechtsextremismus und Rocker im Land Brandenburg	95
 <i>Ray Kokoschko</i>	
Kommunalanalyse „Für ein weltoffenes und tolerantes Bad Freienwalde“	125
 <i>Robin Kendon</i>	
Langjährige Beratungsprozesse in der Zivilgesellschaft im Bereich der Integration von Zuwanderern	149

Karin Dörre, Jürgen Lorenz

Das MBT im Dorf. Beratung im ländlichen Raum 167

Gabriele Schlamann

Arbeitsfeld Elternberatung im Mobilen Beratungsteam 193